

Haushaltsrede der LL zur Ratssitzung am 2.2.2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herr!

Als erstes geht mein Dank an den Kämmerer und dessen Mitarbeiter für die Erstellung des Verwaltungsentwurfs für den Haushaltsplan 2009!

Die Auswirkungen der Finanzkrise haben nun mittlerweile auch Lüdenscheid als Stadt der Automobilzuliefererindustrie erreicht; die Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen der Arbeitsagentur in dieser Woche belegen die alarmierende Entwicklung. Wie es um die Betriebe wirklich steht, werden wir spätestens in 1-2 Jahren an den Einbrüchen bei der Gewerbesteuer erfahren, die doch eine der Haupteinnahmequellen des städtischen Haushalts ist. Es steht also zu befürchten, dass sich das strukturelle Defizit, das der städtische Haushalt seit Jahren aufweist, noch dramatisch vergrößern wird. Vor diesem Hintergrund und der erstmaligen Ausweisung des NKF-Haushalts, der für alle doch noch sehr gewöhnungsbedürftig ist, waren die Haushaltsberatungen sehr schwierig.

Für den Haushalt 2009 sind der Lüdenscheider Liste zwei Bereiche besonders wichtig:

1. Kinder, Jugend und Schule und
2. Projekte zur Attraktivitätssteigerung der Stadt, um den Wirtschaftsstandort Lüdenscheid und die Stadtentwicklung weiter auszubauen und voran zu treiben.

Zu 1.

Investitionen in den Bereichen Kinder, Jugend und Schule sind gut angelegte Investitionen in die Zukunft; z.T. müssen wir allerdings vor Ort Entscheidungen ausgleichen, die in Land oder Bund getroffen wurden, ohne die Kommunen zu unterstützen.

Wichtige Punkte sind dabei für uns:

- die Erhöhung der Geldleistung für die Kinderbetreuung in Tagespflege (560.000€). Da die Nachfrage an U3-Betreuungsplätzen das Angebot bei weitem übersteigt (hier muss stetig nachgebessert werden), kommt diese Entscheidung beiden Seiten zugute.
- die Befreiung von Entgelt für das Mittagessen für Kinder in Tagesbetreuung (95.000€)
- zusätzliche kommunale Zuschüsse an freie Träger von Kindertageseinrichtungen (495.000€), damit es nicht zu 2- Klassen-Kindertagesstätten kommt (Auswirkungen von KiBiZ)
- zusätzliche kommunale Zuschüsse an freie Träger von Kindertageseinrichtungen zur Beschäftigung von Praktikanten im Anerkennungsjahr (Rest 2009 77.500€)
- Hilfen zur Erziehung (Mehrausgaben ca 600.000€)
- die Beitragsfreistellung von Geschwisterkindern in der OGS, wenn weitere Geschwisterkinder Tageseinrichtungen oder die OGS besuchen (30.000€)
- die Angleichung der Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen und die OGS (70.000€)
- die Erweiterung der Platzkapazitäten an OGS, wenn entsprechende Nachfrage besteht, aber möglichst erstmal ohne An- oder Neubauten. Hierzu sind aber vielleicht auch Gelder aus dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung abzurufen.
- Stellen für ein „Freiwilliges soziales Jahr“ zur Unterstützung der OGS. Die Einschränkung auf männliche Bewerber kann sich positiv auswirken, da in vielen allein

erziehenden Familien eine männliche Bezugsperson fehlt und auch in der Grundschule überwiegend Lehrerinnen unterrichten!

- das Kooperationsprojekt der Friedensschule mit dem SOS-Kinderdorf im Bereich der Schulsozialarbeit

- die Ganztagsoffensive des Landes NRW für die SEK I, wo Stadt und Land je 50% der Summe (maximal jeweils 100.000€) beisteuern müssen. Konkret heißt das:

für die Albert-Schweitzer-Hauptschule, die Richard-Schirrmann- und die Theodor-Heuss-Realschule und das Bergstadt-Gymnasium beläuft sich der städtische Anteil auf 372.500€ das ist vertretbar.

Aber allein für die 2 Staberger Gymnasien als städtischen Anteil 900.000€ausgeben zu wollen widerspricht jeder Gleichbehandlung und ist bei der jetzigen Haushaltslage grob fahrlässig!

Der Antrag der SPD, die Übergangsquote von der Grundschule zur Realschule bzw. zum Gymnasium zu verbessern, ist vom Ansatz her zu begrüßen, denn hierbei ist eine individuelle Förderung sehr wichtig; wir warnen aber vor Schnellschüssen und wildem Aktionismus, nur weil demnächst Wahlkampf ist.

Sinnvoll wäre es, wenn das Land die demografische Entwicklung dazu nutzen würde, kleinere Klassen einzurichten, damit schwächere Schüler besser gefördert werden könnten. Wir haben zugestimmt, 100.000€ einzusetzen, wenn ein fundiertes Konzept mit den Schulen erstellt wird, wie dieses Ziel erreicht werden soll - vielleicht auch in Kooperation mit dem Lehrerseminar vor Ort - aber nicht nur durch Sozialarbeiter! Darüber hinaus sollten wir uns Gedanken machen, wie die Quote derer (besonders derjenigen mit Migrationshintergrund), die ohne Schulabschluss die Schule verlassen, zu reduzieren ist (eventuell in Kooperation mit den städtischen Bildungseinrichtungen)!

Zu 2.

Für die Attraktivität unserer Stadt

haben wir vieles erreicht bzw. sind dabei, es auf den Weg zu bringen: Neugestaltung von Rathaus, Rathausplatz, Sternplatz, Altenaerstraße, behindertengerechte Gestaltung des Busbereichs am Sauerfeld, Entwicklung der Bahnhofsgelände in der Innenstadt und in Brügge und die Erweiterungspläne des KIMW. Hinzu kommen die Fertigstellung des Sterncenters, die Neugestaltung der ehemaligen Kaufhalle und die nahtlose Weiterführung von Tollywood durch einen neuen Betreiber. Die neu gestaltete Innenstadt sollte durch ausreichende Beleuchtung sicherer gemacht werden, und auf den Plätzen muss auch nach Großveranstaltungen und an Wochenenden die Sauberkeit wieder hergestellt werden; schließlich sind diese Bereiche die Visitenkarte der Stadt für auswärtige Besucher.

Nicht zu vergessen ist, dass Lüdenscheid demnächst Fachhochschulstandort wird!

Dies alles sind wichtige Impulse, um die Kaufkraft in Lüdenscheid zu binden und durch Investitionsmaßnahmen vorhandene Arbeitsplätze bei der heimischen Wirtschaft zu sichern. Auch durch das Konjunkturpaket der Bundesregierung können hoffentlich noch zusätzliche Aufträge an Lüdenscheider Handwerker vergeben werden.

Was allerdings in jetzigen Krisenzeiten immer wichtiger wird, ist ein Leerstandsmanagement, um Objekte besonders in 1b Lagen zu reaktivieren.

Außerdem muss überlegt werden, was getan werden kann, dass die Wilhelmstraße demnächst nicht nur noch aus Pommies-Buden und Handy-Läden besteht.

Das Projekt der Turbo-Schnecken hätte sicher auch für die Stadt interessant werden können, wären die Unwägbarkeiten durch eine offensive Informationsbereitschaft des Vorstandes aus dem Weg geräumt worden; doch das Risiko, ob die Turbo-Schnecken solch ein großes Projekt wirklich finanziell auf Dauer stemmen können, war zu hoch. Die Gefahr, dass die Stadt Lüdenscheid nicht nur den städtischen Anteil von ca. 433.000 Euro hätte zahlen müssen, sondern auch beim Scheitern des Projektes den Landesanteil in Höhe von ca. 3.000.000 Euro zurückzahlen oder das Objekt in Eigenregie mit allen Folgekosten weiterführen zu müssen, war uns zu groß.

Ausgangslage des städtischen Haushalts:

Die Stadt Lüdenscheid kämpft seit Jahren mit einem grundlegenden strukturellen Defizit, das auch durch die Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes nicht wirklich verbessert werden konnte. Positiv waren in diesem Jahr die guten Erträge bei den Gewerbesteuererinnahmen. Da aber sowohl Politik als auch Verwaltung nicht in der Lage waren, das Defizit spürbar zu verringern, wurde zu diesem Zweck ein externes Beratungsbüro engagiert, das neben dem Auftrag Kostentransparenz durch die Ermittlung der Primär- und Overheadkosten herzustellen durch einen Antrag der Lüdenscheider Liste mit dem zusätzlichen Auftrag einer Überprüfung der Aufbauorganisation der Stadtverwaltung versehen wurde. Gerade der letzte Punkt bietet langfristig Einsparungen im Personalbereich von ca. 1 Mio. €, wenn die Zahl der Wahlbeamten und die Anzahl der Hierarchieebenen reduziert werden! Diese Aspekte müssen wir im Workshop noch genauer beleuchten.

Zum Thema Personalkosten muss ich noch einen Punkt erwähnen, der noch geklärt werden muss, da der Untersuchungsbericht dazu noch aussteht: Überstunden!

Sicher fallen immer wieder Überstunden an – wenn diese aber einem Umfang rund 4 Vollzeitstellen entsprechen und es trotzdem niemand für notwendig hält, die Politik auf dieses Problem hinzuweisen, empfinden wir dieses Vorgehen als sehr befremdlich! So kann es in Zukunft nicht weiter gehen!

Die Ergebnisse des 1. Moduls des Gutachtens der externen Berater mit dem Ziel der Kostentransparenz durch die Ermittlung der Primär- und Overheadkosten von ca. 1500 Teilprozessen, fiel auf geteiltes Echo. Viele hatten sich wahrscheinlich mehr versprochen, obwohl von vornherein feststand, dass qualitative und quantitative Rahmenvorgaben, in welchen Bereichen Kosten gesenkt werden sollen und können, erst im 2. Modul behandelt werden. Es ist leider bis jetzt noch nicht entschieden, ob die fehlenden Module noch beauftragt werden.

Wenn der Kämmerer im Vorbericht des Verwaltungsentwurfs auf Seite 8 schreibt:

“ Inwieweit die Ergebnisse zur Haushaltskonsolidierung dazu beitragen können, den Haushalt dauerhaft zu konsolidieren, ist eher fraglich.“,

scheint die Entscheidung seitens der Verwaltung schon gefallen: Alles bleibt wie es ist und wir machen so erfolglos weiter wie bisher; oder hat der Kämmerer Pläne, von denen wir nur noch nichts wissen?

Er hat (genau wie ich in meinen letzten Haushaltsreden) das Thema „intergenerative Gerechtigkeit“ hervorgehoben. Wir tragen jetzt durch unsere Entscheidungen die Verantwortung für die nachfolgenden Generationen und deren finanziellen Spielraum. Wir sollten ihnen kein Trümmerfeld hinterlassen, nur damit wir im Wahlkampf möglichst gut aussehen.

Gerade im kommenden Wahlkampf besteht die Gefahr, dass Wahlgeschenke wie aus einer Wundertüte verteilt werden; wer das macht sollte aber ehrlicherweise auch jedes mal erklären, womit er das bezahlen will, alles andere ist populistisch und unehrlich!

Wir als Lüdenscheider Liste sehen nur durch einen externen Berater die einzige und letzte Chance, den Haushalt langfristig noch in den Griff zu bekommen; dazu müssen aber alle, Politik und Verwaltung, die Sache ernst nehmen und mitarbeiten. Mir ist es lieber, heute über Reduzierung von Standards und Hierarchieebenen zu sprechen als morgen über die Schließung ganzer Einrichtungen.

Da die Frage der Vergabe der weiteren Module noch nicht entschieden ist, werden wir (wie schon in der letzten Haushaltsrede angekündigt) dem Haushalt nicht zustimmen! Wir werden uns enthalten!

Angelika Linnepe

Lüdenscheid 1.2.2009